



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 24. Februar.

Obgleich die politischen Jahreszeiten mit denen des Kalenders schon seit längerer Zeit nicht mehr zusammenfallen, hat der diesjährige Februar-Monat ausgesprochenener denn die meisten seiner Vorgänger den Frühjahrscharakter getragen. Was es mit diesem auf sich hat, weiß Europa seit nunmehr drei Jahren mit peinlicher Genauigkeit; Frühlingswetter und Kriegsbesorgnisse sind für die Börsen, die diplomatischen und die journalistischen Schreibstuben beinahe gleichbedeutend geworden. In diesem Jahre erscheinen diese versrüh-ten Anzeichen französischer Unruhe besonders befremdlich. Der türkisch-griechische Conflict ist eben beigelegt und alle europäischen Großstaaten haben gleichen Eifer gezeigt, die Gefahren, welche derselbe im Gefolge hatte, zu beschwören; in Frankreich selbst ist es ruhiger oder doch stiller als sonst nach mehrwöchentlichem Beisammensein des gesetzgebenden Körpers, dießseit des Rheins ist endlich Nichts geschehen, was die Eifersucht unserer französischen Nachbarn entfernt verletzt, mit anderen Worten, jene Isolirung der Südstaaten beeinträchtigt hätte, welche für eine Stipulation des prager Friedens ausgegeben wird. Und doch redet und declamirt die pariser Presse schon seit längerer Zeit gerade so, als sei der erste April bereits erschienen und der Plan für den Sommer gemacht. Zuerst war es die Sequestration der hessischen und hannoverschen Kriegs- und Agitationskassen, die die Pariser Offizien in Harnisch jagte; neuerdings hat die einfache Thatsache, daß Belgien von seinem Hausrechte Gebrauch machte, zu dem Trommelwirbel Veranlassung gegeben, der das einzige Stück zu sein scheint, das die inspirirte Presse der französischen Hauptstadt propria motu spielen darf.

Darüber, daß an eine wirkliche Kriegsgefahr nicht zu denken ist, scheint alle Welt einig. Welcher Sinn ist dann aber den Fanfaren an der Seine zuzuschreiben? Liegt einer jener vollkommenen Widersprüche vor, die für Weise wie für Thoren gleich geheimnißvoll sein sollen, oder hat man es in Paris nur darauf abgesehen, die Leute so oft irre zu machen, daß man sie

schließlich doch überrascht? Wenn wir nicht in einer Zeit lebten, in der die Frage nach Deutschlands Beziehung zu seinen Nachbarn alle anderen Fragen vollständig beherrscht und die ungegebene Antwort darauf wahrhaft das Geheimniß der Situation ist, verlohnte es sich kaum der Mühe, zu constatiren, daß die Leichtfertigkeit der Girardin und Cassagnac sich wieder einmal in gedankenlosem Säbelklirren Luft gemacht hat. Aber die Dinge liegen in Wirklichkeit so, daß Alles möglich ist, und daß das Vernünftige die Präsumtion gegen sich hat. Genau zwölf Monate ist es her, daß die Kölnische Zeitung, ohne daß man sie Lügen strafe, die Nachricht von gegen Preußen gerichteten österreichisch-französisch-italienischen Verhandlungen brachte; als dieselben resultatlos blieben, wurde von zwanzig Seiten der Beweis geführt, daß ein derartiges Unternehmen zu thöricht sei, um je ernsthaft werden zu können. Im Februar 1869 hat eine derartige Intrigue wieder in der Luft gelegen. Wenn das auch weiter Nichts sagen will, als daß die französische Regierung die Kriegsmöglichkeit noch immer im Auge behält, so ist damit doch sehr viel gesagt. Vor dem Zusammentritt des ersten deutschen Zollparlaments wurden die Befürchtungen vor Ueberschreitung des Main für den Hauptgrund der französischen Kriegslust und Kriegsbereitschaft ausgegeben; die Spanne Zeit, die seitdem verflossen, hat die süddeutsche Frage so vollständig zu den Akten gelegt, daß von derselben bei Niemand, am wenigsten bei der preussischen Regierung im Ernst die Rede ist, und daß die consequente Weiterführung des 1866 begonnenen Werks eigentlich allenthalben für einen legalen casus belli, nicht mehr für ein Internum gilt, das zu keinerlei fremden Einmischungen berechtigt. Auf unsere Unkosten hat die Frivolität der französischen Compensations- und Kriegsgelüste binnen Jahresfrist so erhebliche Fortschritte gemacht, daß ein Krieg ohne Scheinveranlassung, ja ohne Scheinvorwand bereits zu den Möglichkeiten gehört, die in Frankreich erwogen werden, und daß die pariser Hofblätter keck von französischer Großmuth reden, wenn man der belgischen Regierung die Geltendmachung ihr zustehender Hoheitsrechte ungestraft hingehen läßt. Wenn das im Februar geschehen konnte, — was ist da nicht Alles vom April zu erwarten?

Das Hauptinteresse der letzten vier Wochen hat aber nicht diesen occidentalen, sondern den orientalischen Dingen angehört. Jene zustimmende Antwort des griechischen Cabinets zu den Conferenzvorschlägen, welche für die ersten Februarstage zugesagt war, ist in der letzten Woche endlich eingetroffen, nachdem König Georgios von den interessirten Cabinetten, namentlich dem russischen, wiederholt und dringend zum Gehorsam gegen die Wünsche des europäischen Areopags eingeladen worden war. Die innere Geschichte der griechischen Entschließungen ist noch nicht geschrieben; Alles was wir von derselben wissen, stammt aus zweiter und dritter Hand, und die

Zeitungen sind uns zu einem großen Theil den Telegrammen, welche aus Athen nach London, Paris und Wien gelangten, die nöthigen Commentare schuldig geblieben. Den besten Commentar zu dieser jüngsten Phase der orientalischen Frage liefert vielleicht des Fürsten von Montenegro Reise nach Petersburg und Moskau, welche — wie neuerdings berichtet wird — von den Türken mit Armirung der bosnischen Festungen beantwortet worden ist. — Daß man trotz leerer Kassen und Vorrathskammern, trotz zuchtloser Soldaten und ungeladener Flinten in Athen drei ganze Wochen gebraucht hat, um sich der Nothwendigkeit zu fügen, beweist, wie groß die Aufregung am Pyräus gewesen; auch der russischen Presse ist es sauer angekommen, ihre Kauflust zu erster Stunde in Friedensliebe zu verwandeln, und den Griechen noch einmal das alte Trostwort „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ zuzurufen. Die Mosk. Zeitung mußte zu Berufungen auf Rußlands Nachgiebigkeit von 1856 und Preußens Verhalten in Olmütz die Zuflucht nehmen, um den Glaubensgenossen auf der Balkaninsel Vernunft predigen zu können, und der Golos klammerte sich bis zuletzt an den Strohalm der türkisch-persischen Differenzen, um nur nicht an die Annahme der verhassten pariser Beschlüsse glauben zu müssen; selbst die conservative Westj konnte von der fortgesetzten Anwendung „westeuropäischer Palliative“ kein Heil für den Osten des Welttheils erwarten. Wie gründlich contrastirt diese Haltung der maßgebenden russischen Journale zu den optimistischen Darstellungen gewisser petersburger Correspondenten und der Versicherung des Brüsseler Nord, daß in Rußland „tous les honnêtes gens“ Nichts so sehnlich wünschten, wie die friedliche Beilegung des türkisch-griechischen Streits! Daß die gewonnenen Resultate im besten Fall doch nur einige Monate lang vorhalten können, und daß die Beendigung des Aufstandes auf Candia für die Ruhe auf anderen türkisch-griechischen Inseln schlechterdings keine Bürgschaft bietet, sagt sich freilich alle Welt, und wenn man dennoch das Mögliche thut, um diese Gedanken mundtot zu machen, so geschieht das wesentlich, weil man sich die spärlichen Augenblicke der Ruhe nicht vollends vergiften will. Die Beschaffenheit unseres Welttheils und seines politischen Systems ist in dieser Beziehung der eines gut konstruirten Maschinenwerks zu vergleichen, nur im umgekehrten Sinn; wie dieses ein Reserveventil besitzt, das zur Anwendung kommt, wenn die gewöhnlichen Sicherheiten versagen, so haben wir an der orientalischen Frage ein Reservemittel nicht gegen, sondern für die Störung des europäischen Friedens, das seine Dienste nicht schuldig bleibt, wenn das Gleichgewicht im Herzen des Welttheils auch nur nothdürftig hergestellt ist. — Dem neuen griechischen Cabinet wird aus der Zeit seiner bisherigen Thätigkeit natürlich das Beste nachgesagt: es richtet seine Blicke auf die inneren Zustände, sucht Ordnung in die Finanzen zu bringen, dem Räuber-

wesen in Akarnanien zu steuern und wie die übrigen für neue griechische Regierungen üblichen Ziele ehrenhafter Thätigkeit heißen, die gerade so lange befolgt werden, bis die Aufmerksamkeit der europäischen Diplomatie eingeschläfert oder anderweitig in Anspruch genommen ist. So gründlich die Enttäuschung auch gewesen ist, welche das griechische Volk dieses Mal in Bezug auf seine weltstürmenden Absichten durchzumachen gehabt, sie wird schwerlich dazu ausreichen, jenes Volk auch nur für eine Weile darüber zu belehren, daß es den elementarsten Forderungen einer civilisirten Existenz zu genügen habe, ehe von seinem orientalischen Beruf die Rede sein kann.

Während Aller Augen auf Athen gerichtet waren, und die Diplomatie sich ausschließlich mit den Nachrichten unterhielt, welche über die Mission des Grafen Walewski einliefen, ist Rumänien, der bisherige Schauplatz der Kriegsbefürchtungen des Ostens, aufs Neue von leidenschaftlichen Parteikämpfen zerrissen worden. Jean Bratiano, den man durch die Entlassung vom Amt des Ministerpräsidenten ungefährlich gemacht glaubte, hat seine Herrschaft über die moldau-wallachische Agitationspartei zu wiederholten Angriffen auf das neue Cabinet ausgebeutet, und zunächst die Auflösung der in Bukarest versammelten Kammern bewirkt. Daß die Einführung preussischer Exercierreglements und die Reactivirung des General Macedonski bloße Vorwände gewesen, steht außer Zweifel. Da die rumänische Armee einmal nach fremdem Muster organisirt werden muß, hat der Streit darüber, ob man sich preussischen oder französischen Vorbildern anschließen soll, ein bloß technisches Interesse, von welchem Bratiano's turbulente Freunde weit entfernt sind. Der wahre Grund liegt in den Wünschen für Wiederaufnahme der großrumänischen Agitationspolitik, welche nicht nur des früheren Ministers Stärke war, sondern für die der Zeitpunkt besonders geeignet erscheint, zumal seit dem Ableben Fuad Paschas, des fähigsten und gebildetesten aller neueren türkischen Staatsmänner. — Die Nachricht von der Auflösung der Kammer ist von einem großen Theil der Bevölkerung, namentlich einzelnen größeren Städte mit Befriedigung aufgenommen worden, weil die wohlhabenden und handeltreibenden Klassen der beständigen Aufregung müde sind, welche Bratiano und dessen „demokratischer“ Anhang hervorzurufen wußten. Bei der bescheidenen Stellung aber, welche die gebildeten und arbeitenden Schichten in diesem Staat einnehmen, der durch verfrühte Nachahmung constitutioneller Formen um die Fähigkeit ruhiger und vernünftiger Entwicklung gebracht worden ist, hat diese „Befriedigung“ ebensowenig Aussicht auf dauernde Herrschaft über die Gemüther, wie das gute Verhältniß, in welches die Regierung zur Pforte getreten ist. So lange Bratiano auch nur den geringsten Einfluß auf den Gang der Dinge in Rumänien übt, wird das Kriegsgeschrei gegen Türken und Magyaren fort und fort alle Bemühungen zur Begründung

riedlicher und consolidirter Zustände kreuzen, höchstens darin ein Wechsel eintreten, ob die öffentliche Meinung, vorzugsweise gegen die ersteren, oder gegen die letzteren aufgewiegelt wird. Bratiano selbst hat in einer seinen Wählern im Lauf dieses Winters gehaltenen Rede, die Nothwendigkeit des Kampfs gegen die Türken und Magyaren, „diese beiden Abkömmlinge eine und derselben barbarischen Race, welche, weil sie selbst keine Religion hatten, hier den Deckmantel des Islam, dort den des Katholicismus zu Hilfe nahm“, als eine wesentliche Bedingung jeder nationalen rumänischen Politik bezeichnet, und die Solidarität ihrer Interessen mit denen der „übrigen christlichen Völker des Orients“ ebenso unzweideutig hervorgehoben, wie den Anspruch des rumänischen Staats auf Oberhoheit über die in Ungarn und Siebenbürgen lebenden Stammesgenossen — und das mit einer brutalen Naivetät, die für den Bildungsstandpunkt des Redners und seiner Zuhörer höchst bezeichnend ist: „Wenn ich sehe, daß ein Rumäne bedroht wird, daß ein Fremder kommt, ihn niederzuschlagen, brauche ich da erst eine Alliance, ein Tractat, um mich zu seinem Schutz zu erheben?“*)

Die Pesther Staatsmänner haben die Gefahr, welche ihnen von dieser Seite her droht, schon seit lange ins Auge gefaßt und es ist bekannt, daß ihre Stellung zur Sache an dem Sturz des Ministeriums Bratiano bedeutenden Antheil gehabt hat, — wenn auch nur indirecten. Selbst inmitten des wild bewegten Wahlkampfes, den die Deakpartei gegenwärtig auszufechten hat, um ihre bisherige Machtstellung und mit dieser den Ausgleich von 1867 aufrecht zu erhalten, ist Graf Andrassy mit der orientalischen Frage beschäftigt geblieben und haben die von ihm inspirirten Journale mit der wiener Presse über das Programm gestritten, das am geeignetsten sei, dem Panslavismus einen Damm zu ziehen. Die Ungarn haben die Stichhaltigkeit der alten Wiener Doctrin von der nothwendigen Erhaltung der türkischen Integrität in Zweifel gezogen und die Meinung ausgesprochen, Ungarn dürfe der verlorenen türkischen Sache nicht nur keine Opfer mehr bringen, sondern thue am besten, sich schon gegenwärtig mit den Erben der Pforte, und Trägern der Zukunft, den Serben, Bulgaren u. s. w., auf möglichst guten Fuß zu setzen. Daß man in Oestreich von diesem Gesichtspunkte für Beurtheilung der orientalischen Frage nicht viel wissen will, hat seinen

*) Auf den Zusammenhang zwischen Jean Bratiano's großrumänischen Aspirationen und den panslavistischen Bestrebungen in Rußland, an der Donau und auf der Balkanhalbinsel, weist u. A. eine in der panslavistischen Baugner Firma „Schmalzer und Pech“ in jüngster Zeit erschienene Brochüre hin, welche unter dem Schein warmer Parteinahme für die preußisch-deutsche Sache, für Rußlands orientalische Politik und einen freien „Balkan-Bundesstaat“ Propaganda machen will. „Die Balkanhalbinsel und ihre Völker vor der Lösung der orientalischen Frage. Eine politisch-ethnographisch-militärische Skizze von Eduard Rüffer“ (Baugner 1869.)

guten Grund. Im Hintergrunde des neuen Pesther Programms steht der Gedanke daran, daß Ungarn sich für den nicht unmöglichen Fall eines Zusammenbruchs der habsburgischen Monarchie und Lösung der Beziehungen zu „Gisletthanien“ nach neuen Staatsgenossen umzusehen, und den Gedanken an eine unter der Stephanskronen versammelte Donauconföderation nicht außer Augen zu setzen habe. Auch von einem anderen als dem specifisch österreichischen Standpunkte aus betrachtet, erscheint diese Lösung wenig verlockend und noch weniger wahrscheinlich. Daß die magyarischen Staatsmänner ihre gegründeten Zweifel daran haben, ob dem gefürchteten russischen Einfluß wirklich durch Unterstützung der türkischen Herrschaft entgegengewirkt werde, freilich ist begreiflich — auch in Frankreich und England sind verwandte Bedenken schon vor Jahr und Tag aufgetaucht und bald nach dem Ausbruch des Candiotenaufstandes (Herbst 1866) wiederholt erörtert worden; auch daß Graf Andrassy dem Reichskanzler wiederholt und deutlich zu verstehen gegeben, Ungarn habe kein Interesse daran, der Pforte neues Blut in die Adern zu gießen und dadurch den Haß aller Donauslaven zu reizen, finden wir in der Ordnung. Mehr wie fraglich ist nur, ob die Magyaren jemals daran denken können, ihre Machtphäre über die gegenwärtigen Grenzen ihres Staats hinaus zu erweitern und die südslavische Welt um sich zu gruppieren. Da Rußland aus Eifrigste darüber wacht, daß keine europäische Macht auf dem Boden Einfluß gewinne, den es sich vorbehalten glaubt, so ist nicht abzusehen, wie es Ungarn gelingen sollte, dieses Hinderniß zu umgehen und das Vertrauen einer Völkerverwandtschaft zu gewinnen, zu deren ältesten Traditionen der Haß gegen die stolzen „Beherrscher“ und „Zwingherrn“ der slovenischen und slovakischen u. Brüder gehört. — Das sollte man in Ofen und Pesth noch genauer wissen, als man es in Wien, Petersburg oder Berlin weiß. Die Neigung zu Plänen großer auswärtiger Zukunftspolitik, welche seit den letzten anderthalben Jahren bei den ungarischen Politikern der verschiedensten Parteien habituell zu werden scheint (besonders üppig übrigens in der von dem radicalen Grafen Bethlen herausgegebenen „Ungarischen Monatschrift“ florirt) — trägt überhaupt einen ungesunden, schwindsüchtigen Charakter, und macht dem an nüchterne Rechnung mit Realitäten gewöhnten westeuropäischen Zuschauer den Eindruck des Kindlichen. Da werden in sechs Wochen ebensoviel große, die Karte Europas umgestaltende Pläne ausgeheckt, wie anderswo in einem halben Jahrhundert, und die verschiedenen Parteiorgane fechten die erbittertsten Fehden darüber aus, was mit Rumänien, Galizien, Bosnien und anderen Ländern ungarischer Seite angefangen werden soll, und das in einem Ton, der lebhaft an die Sprache erinnert, in welcher sich weiland Sir John Falstaff die Verfügung über die Geseze Englands zuschrieb.

Seit den letzten Monaten und namentlich seit der Zusammentritt der

pariser Conferenz des Grafen Beust orientalischer Politik eine veränderte Richtung gegeben, ist man in Ungarn freilich nicht mit diesen Zukunftsträumen, sondern ausschließlich mit den Wahlen beschäftigt gewesen. Das Hauptinteresse an dem Ausfall derselben und an dem Geschick der Deakpartei hat übrigens nicht diese selbst, sondern das eisleithanische Cabinet und dessen Schöpfer der Staatskanzler. Nicht nur, daß die Dauerbarkeit des im Sommer 1867 begründeten Verhältnisses eine der Bedingungen seiner Stellung und des an diese geknüpften deutsch-österreichischen Constitutionalismus ist — die Dinge liegen so, daß das ungarische Ministerium und sein Verhältniß zur Nation die starke Seite der staatsmännischen Stellung des Grafen Beust ist, und daß er desselben bedarf, um sich in der deutsch-slavischen Reichshälfte zu behaupten. All' den liberalen Gesetzen zum Trotz, die im Reichsrath discutirt und amendirt, von dem Bürgerministerium bestätigt und der Ausführung übergeben werden, will sich das rechte Vertrauen in die Dauerbarkeit des neugeschaffenen Staatsgebäudes weder in, noch außer dem Hause finden. In demselben Monat, der den neuen Pairsschub gesehen und die Annahme der neuen Schwurgerichts- und Preßgesetze durch das österreichische Herrenhaus erlebt hat, können die Polen es wagen, auf Grund der lemberger Landtagsbeschlüsse vom vorigen Sommer, eingreifende Verfassungsveränderungen in Vorschlag zu bringen, und hält die Regierung es für gerathen mit ihnen ebenso behutsam umzugehen, wie mit den Tschechen, denen trotz aller Keniteng und unverhohlenen schlechten Gesinnung immer wieder Ausgleichsvorschläge gemacht werden. Die oberen Stockwerke des staatlichen Neubaus werden unaufhaltsam aufeinander gethürmt, ihre innere Einrichtung ist zum Theil schon fertig — an dem Fundament wird aber immer wieder gerüttelt und gebessert und nicht nur von den widerstrebenden Parteien, sondern von der Regierung selbst. Während die Ersteren es noch immer nicht aufgegeben haben, den Provinziallandtagen von Galizien, Tyrol und Böhmen gewisse staatliche Gebiete zu erobern, die nach den neuen Grundgesetzen des Reichs bloß durch die Reichsvertretung geordnet werden sollen, trägt die Letztere sich mit eingreifenden Plänen für Erweiterung des Reichsrathes und Umgestaltung des Wahlgesetzes. Bald ist davon die Rede, die Zahl der Abgeordneten im Interesse rascherer Bewältigung des legislatorischen Materials zu verdoppeln, bald will man sich mit der Erhöhung um ein Drittel begnügen; wichtiger noch sind die Vorschläge zur Einführung directer Wahlen für die neuen, nach Anderen für alle Mitglieder der Reichsvertretung. Wie man diesen neuen Schritt zur Verminderung des Einflusses und der Machtsphäre der Provinziallandtage durchführen will, nachdem ein großer Theil derselben sich gegen jede Erhöhung der Centralisation ausgesprochen, ist frei-

lich nicht abzusehen — noch weniger, wie das gegenwärtige Ministerium mit dieser Maßregel fertig werden will, so lange Graf Taase Minister-Präsident bleibt. In Oestreich selbst scheint man eine lebhaftere Empfindung davon zu haben, daß die mangelnde Solidität des parlamentarischen Unterbaus der Hauptgrund für die Verzagtheit und Unsicherheit der Freunde, den Troß und die Widerhaarigkeit der Gegner ist. Selbst die Journale, welche ihre Inspirationen aus dem Cabinet holen und die moralischen Hauptstützen des gegenwärtigen Systems bilden, machen kein Geheimniß daraus, daß die Fassade desselben sehr viel glänzender als das Fundament aussieht, und das beständige Drängen auf Ernennung eines definitiven Nachfolgers für den seit nunmehr sechs Monaten ausgeschiedenen Fürsten Carlos Aueršperg beweist, daß der Mangel einer einheitlichen und energischen Leitung des cisleithanischen Cabinets von den ergebensten Freunden desselben am lebhaftesten empfunden wird. — Diese Unsicherheit der cisleithanischen Verfassungsstände ist zugleich die Ursache davon, daß die Ansprüche der ungarischen Reichshälfte fortwährend zunehmen, und daß diese sich als der stärkere und wichtigere Theil der Monarchie fühlt, obgleich die Staatskosten ihrer Hauptschwere nach auf den Schultern der deutschen und slavischen Steuerzahler ruhen, reichlich ein Drittheil der ungarischen Soldaten auf Kosten der cisleithanischen Provinzen erhalten und equipirt wird. — Die Opposition der Bischöfe hat in letzter Zeit von ihrer früheren Schneidigkeit verloren, macht der Regierung aber immer noch zu schaffen; der Beginn der Fastenzeit hat dem Clerus neue Gelegenheit geboten, die Kanzel zur Tribüne für staatsfeindliche Agitationen zu machen. Rom verharret in seiner früheren unveröhnlichen Haltung und bezeichnet damit die Stellung, welche es von seinen Getreuen eingenommen wissen will.

Seit der vorläufigen Abwicklung des türkisch-griechischen Conflicts ist in der diplomatischen Thätigkeit des rührigen Staatskanzlers eine Unterbrechung eingetreten, von der wol angenommen werden kann, daß sie mit Ungarn's Verstimung über die specifisch-österreichische Auffassung und Behandlung der orientalischen Frage in gewissem Zusammenhang steht. Auch die Gerüchte von des Fürsten Richard Metternich französisch-italienischen Alliancebestrebungen sind rasch, wie sie gekommen, wieder gegangen. Frankreich kann sich auf weit aussehende politische und militärische Schwach- und Feldzüge nicht einlassen, bevor die Regierung nicht über den Ausfall der nächsten Wahlen beruhigt ist. Bis jetzt hat die Leichtfertigkeit und Zerfahrenheit der parlamentarischen Opposition freilich das Nöthige gethan, um Herrn Rouher die Sache leicht zu machen. Der jämmerliche Ausgang der Interpellation wegen der Colonien hat wieder einmal deutlich gezeigt, daß der Mangel sittlichen Ernstes und politischer Gewissenhaftigkeit, an dem die

liberale Minorität des Corps législatif von je gekrankt, weder durch oratorisches Talent, noch durch künstlich erregte Leidenschaftlichkeit ersetzt werden kann. Die empfindliche Schluppe, welche Jules Simon nach seiner Rede über die Vorgänge auf der Insel Reunion beigebracht worden, ist der parlamentarische Vorgang, unter dessen Eindruck, Publikum, Kammer und Opposition stehen, und diese letztere hat keine Aussicht, das verloren gegangene Terrain so bald wieder zu erobern. Der Hauptschaden besteht freilich darin, daß einzelne oratorische Erfolge oder Mißerfolge über die Stellung und den Einfluß der einzigen französischen Partei entscheiden, welche die Ehre in Anspruch nimmt, für die faulen Früchte des gegenwärtigen Systems nicht mitverantwortlich zu sein. Daran aber, daß dem so ist, tragen die Oppositionsmänner einen beträchtlichen Schuldantheil; wo es den Führern eines Volkes hauptsächlich an Tageserfolgen und Triumphen kleinlicher Eitelkeit gelegen ist, kann man sich nicht wundern, wenn es den Massen an Verständniß für Aufgabe und Wesen der Volksvertretung gebricht, und wenn die Tribüne für einen Platz angesehen wird, den geschickte Leute dazu benutzen, bei Publikum oder Regierung Karriere zu machen. — Von den noch ausstehenden Interpellationen ist keine besonders viel versprechend, und da diese Interpellationen eigentlich die einzigen Gelegenheiten sind, bei denen die Opposition dem Volke ihr Dasein in Erinnerung bringt, so kann leicht geschehen, daß die Legislaturperiode, welche von den Thiers, Favre, Simon, Glaize u. s. w. so vielversprechend eröffnet wurde, trotz der ungünstigen Wendung, welche das Geschick des Kaiserthums während derselben nahm, mit einer Baïsse der Sache der Freiheit schließt. Denn daß die von der Minorität beabsichtigte Herabsetzung des Präsenzstandes der Armee durchgeführt werde, wird wol von diesen selbst nicht mehr geglaubt.

Ungeachtet der Verkommenheit und Windigkeit des französischen Liberalismus muß es als besonders erfreuliches Zeichen einer veränderten Stimmung in Frankreich angesehen werden, daß ein nicht unbeträchtlicher Theil der pariser Presse bei mehr wie einer Gelegenheit wirkliche Unabhängigkeit von den Pöbelgelüsten und Nationalalbernheiten gezeigt hat, welche von der officiösen und semi-officiösen Journalistik absichtlich gehegt und gepflegt werden. Schon der Ernst und die Schärfe, mit welcher der Temps und die Debats zu Werke gingen, um über die unverantwortliche Leichtfertigkeit der Simonschen Interpellation zu Gericht zu sitzen, contrastirte in wohlthuender Weise zu den landesüblichen Rotomandaten, und mit denen sonst die Schwächen des französischen Parlamentarismus von der Nationaleitelkeit zudeckt zu werden pflegt. Als dann die Regierungsblätter in Veranlassung der Bismarck'schen Reden über die Sequestrationsangelegenheit ihr urtheils- und gedankenloses Geschrei über Rechtsbruch und Säbelherrschaft anstimmten,

war es ein verhältnißmäßig kleiner Theil der unabhängigen Presse, welcher mitmachte; unter diesem zählte dieses Mal freilich ein Journal, das sonst für einen Vertreter der besseren französischen Traditionen gilt, die Revue des deux mondes (Vgl. Revue de la quinzaine vom 15. Febr.), das Organ des besten und verständigsten Theils der liberalen Bourgeoisie, aber gerade darum in Thier'schen Anschauungen über den Werth der deutschen und europäischen Mittelstaaten befangen. Mit voller Energie trat die liberale Presse aber erst unter die Waffen, als die journalistischen Gevattern der Rouher und Lavalette an der belgischen Eisenbahnangelegenheit zu einem Wuthschrei gegen das kleine Königthum Veranlassung nahmen, dessen constitutionelle Integrität dem zweiten Kaiserthum von je ein Greuel gewesen ist, und das nach dem neuerdings erfolgten Tode des legitimen Thronerben, Herzogs von Brabant die ministeriellen und Grouvinistischen Compensationsgelüste besonders gereizt haben mag. Die officiöse Journalistik (Herrn v. Girardin natürlich mit einbegriffen) hat bei dieser Gelegenheit ein Flasco von unbezahlbarem Werth für die unabhängigen Blätter gemacht, und für längere Zeit jener Fiction auf den Mund geschlagen, welche die Welt glauben will, die Kriegslust der Nation werde durch die ministerielle Zeitungsschreiberei in Schranken gehalten. Handelte es sich nicht um eine Nation, in der die Stimmungen so wechselnd sind, wie die Moden, so ließe sich von dem jämmerlichen Ausgang der gegen Belgien gerichteten Campagne für die Sache der Regierung nicht eben günstiger Einfluß auf die nächsten Wahlen erwarten.

Neben dem Lärm über die journalistischen Streifzüge nach Deutschland und Belgien und den Sensationsnachrichten, welche während einiger Tage der ersten Februarwoche über den schnell gebändigten algerischen Aufstand einliefen, ist der charakteristischste Vorgang aus der neueren Geschichte des kaiserlich französischen Parlamentarismus, die Interpellation, welche der Baron Benoist über den Mißbrauch des Versammlungsrechts einbrachte, ziemlich rasch vergessen worden. Nur der Minister Foreade de la Moquette hat für diese Denunciatian gegen ein Volksrecht, das Frankreich früher besessen als irgend ein anderer continentaler Staat, Gedächtniß bewiesen. Nachdem diese Versammlungen durch einzelne socialistische Spektakelmacher compromittirt worden, und Herr v. Benoist daran zu der Klage über unverantwortliche Liberalität der Regierung Veranlassung genommen, hat der Minister des Inneren seinen Präfecten und Souspräfecten so gemessene Vorschriften wegen Ueberwachung aller öffentlichen Versammlungen ertheilt, daß man glauben sollte, Frankreich, und namentlich das Frankreich der Departements, sei der Heerd von Verschwörungen gegen die bestehende Ordnung in ganz Europa, nicht das Land, in welchem die Arkadier zu Volksvertretern gewählt worden. Dieser Appell an die Furcht der besitzenden Klassen vor dem rothen

Gespensft ist entschieden verfrüht, und kann schon darum die gewünschten Früchte nicht tragen. Die Klasse der unter der Socialistenfurcht aufgewachsenen Franzosen ist überhaupt in der Abnahme begriffen und hat in der unter dem gegenwärtigen Regime großgewordenen Generation keinen Nachwuchs, — ein Umstand, der sich bei den bevorstehenden Neuwahlen bereits geltend machen wird. — Für die nächste Woche steht dem gesetzgebenden Körper die Berathung über den Gesetzentwurf bevor, der die Budgets von Paris und Lyon unter die Controle der Volksvertretung stellen soll. Beispiellos ist nicht nur, daß die Selbstverwaltung großer Communen auf diese Weise auch des letzten Scheins von Unabhängigkeit beraubt wird, sondern daß diese Maßregel den Parisern und Lyonesern angesichts der Allmacht ihrer Präfecten als Wohlthat erscheint, und daß offen eingestanden wird, die Glieder der pariser Municipalität seien bloße Strohmänner, welche jedem Wink des Präfecten gehorchen müßten. Wie ein Land, in welchem das Centralisations- und Bevormundungssystem derartig auf die Spitze getrieben ist, je wieder den Weg zu staatlicher und bürgerlicher Freiheit finden soll, ist für nichtfranzösische Köpfe ein Räthsel. Einer Nation, der Fähigkeit und Neigung zur Haushaltertschaft im Kleinen völlig abhanden gekommen sind, kann auch durch die ausgedehntesten Verbesserungen der constitutionellen Maschine nicht geholfen werden, und die Phrasen von der dereinstigen „Krönung des Gebäudes“ verlieren allen Sinn, wenn es sich um ein Haus handelt, das keine anderen als vergitterte Fenster besitzt.

Während die Rolle, welche die spanischen Ereignisse noch vor einigen Wochen in Paris spielte, beträchtlich genug war, um für einen der Gründe zu gelten, aus denen Frankreichs auswärtige Politik an freier Action gehindert sein sollte, ist von derselben in der französischen Hauptstadt neuerdings nicht mehr Notiz genommen worden, als an anderen Orten. Die Zeiten, in denen der Gaulis und Herr v. Girardin die Führerschaft der öffentlichen Meinung auf der pyrenäischen Halbinsel beanspruchten, sind rasch vorübergegangen, Spanien ist sich selbst wieder überlassen, und gerade in dem Augenblick, wo es guten Rathes am meisten zu bedürfen scheint. Obgleich die Monarchisten bei der Constituirung der Cortes die Oberhand behalten haben, die Männer, welche die Revolution herbeiführten, noch an der Spitze der freiwillig übernommenen Geschäfte stehen, nimmt die Rathlosigkeit in demselben Maße zu, in welchem die Stunde der Entscheidung heranrückt. Trotz der Niederlagen, welche die Republikaner in Cadix und Malaga erlitten, und trotz des allgemeinen Abscheus, den die clericale Blutthat von Burgos erregt hat, werden die beiden regierungsfeindlichen Parteien mit einer Schonung behandelt, welche Schlüsse auf das mangelnde Sicherheitsgefühl der Regierung nahe legt, mit deren Constituirung Serrano beauftragt wor-

den ist. Da kein einziger Throncandidat vorhanden ist, der auf allgemeine Zustimmung rechnen könnte, ist dem Ehrgeiz der Parteiführer Thür und Thor geöffnet. Prim und Espartero werden zwar nicht mehr genannt — aber das ist auch Alles, was sich als Resultat viermonatlicher Ueberlegung ergeben hat, und die alten Candidaten Anton von Montpensier, Ferdinand und Louis von Portugal müssen wieder herhalten, ohne daß auch nur mit Sicherheit gesagt werden könnte, ob bei den beiden Letztgenannten auf Zuverlässigkeit für etwaige Vota der Cortes zu rechnen ist. Die Candidatur des Herzogs von Aosta, welche man mit Cialdini's letzter spanischer Reise in Zusammenhang brachte, ist wiederum von der Tagesordnung verschwunden. So rückt, was sich schon vor Beginn der spanischen Bewegung voraussagen ließ, — der Bürgerkrieg immer näher. Auf diesen haben auch die beiden verbannten Dynastien ihre Rechnung gesetzt. Die Verhandlungen über Ausöhnung der Isabellinos und Karlisten sind nicht zum Abschluß gekommen, Agenten beider Bourbonenfamilien zeigen sich an der Grenze und harren des günstigen Augenblicks zur Bewaffnung ihrer Anhänger. Jene lange Liste dem Volk ertheilter Freiheiten, mit denen Serrano die Cortesversammlung vom 11. Februar eröffnete, hat Nichts daran zu ändern vermocht, daß die ländliche Bevölkerung, namentlich der entfernteren Provinzen, gerade wie vor fünfzig und sechzig Jahren, den Bestrebungen der gebildeten Klassen für Herstellung eines modern-constitutionellen Staatswesens fremd gegenüber steht, und nur zum Leben erwacht, wenn die alten Schlagworte genannt oder Erinnerungen an die mittelalterlichen Fuentes wach gerufen werden. — Nach den Nachrichten aus Cuba ist es dem General Dulce nicht gelungen, die von Velfundi begangenen Fehler gut zu machen, und außerhalb der cubanischen Hauptstadt festen Fuß zu fassen. Immer neue Verstärkungen werden verlangt, obgleich die erschöpfte Staatscasse kaum im Stande gewesen ist, die Mittel für die letzte Expedition aufzubringen.

Fünf Tage nach Eröffnung der spanischen Cortes trat das englische Parlament zusammen, um die Gladstone'sche Thronrede zu vernehmen. Erst mit dem 1. März beginnt die Debatte, welche die Lebensfähigkeit des Programms feststellen soll, auf welches die Glieder der neuen Regierung sich geeinigt haben, das und die Abschaffung der irischen Staatskirche an der Stirn trägt. Das Detail der Gladstone'schen Vorschläge über die Verwendung des herrenlos werdenden Guts der bischöflichen Kirche ist außerhalb des Cabinets bekannt, und doch kommt auf dieses Alles an. Wie noch neuerdings durch die Ruffelschen Briefe bestätigt worden, ist der Gedanke an die Abschaffung der irischen Staatskirche — den Whigs kein neuer; die Schwierigkeit aber, der reichen Ausstattung, von welcher die zweiundzwanzig gemeindelosen Kirchenfürsten der grünen Insel gezehrt, eine gerechte, und zugleich der verschiedenen

Parteiinteressen und Parteiwünschen entsprechende Verwendung zu schaffen, ist so groß, daß sie die Reformwünsche liberaler Minister immer wieder zum Schweigen brachte. — Die ungünstige Aufnahme, welche Russell's erwähnte Briefe gefunden haben (obgleich sie einen Theil des kirchlichen Einkommens weltlichen Zwecken zuwenden wollen), machen höchst wahrscheinlich, daß das Cabinet auf dem im vorigen Jahre von Gladstone betretenen Wege völliger Säkularisirung verharren werde. Ob ihm gelingen wird, seine Partei auch nach Präcisirung der Andeutungen vom vorigen Jahre zusammenzuhalten, muß sich erst zeigen. — Bright's Zugehörigkeit zu der gegenwärtigen Regierung hat ihren Einfluß bis jetzt nur in einer, und dazu wohlthätigen Beziehung geltendgemacht; jene Ersparnisse in der Verwaltung, welche schon längst verhießen waren, und sich namentlich auf die Entlassung einer größeren Anzahl unbeschäftigter Ministerialbeamten bezogen, sind zur Wahrheit geworden. Ebenso sind die Werste von Devenport und Woolwich aufgehoben worden. Von Ersparnissen in größerem Maßstabe und in Bezug auf Armee und Flotte, wie sie sicher in den Wünschen des alten Manchestermannes liegen, ist in der Thronrede, die sich überhaupt so kurz als möglich gefaßt hat, nicht die Rede. Ein Passus derselben, ist vielfach als eine Anspielung auf das Ballot (die geheime Abstimmung) aufgefaßt worden, das nicht nur von dem Chartistenprogramm gefordert wurde, sondern längst in die Doctrinen Cobden's und Bright's übergegangen ist. Nach dem, was bis jetzt vorliegt, erscheint diese Auffassung unbegründet; weder ist es wahrscheinlich, daß ein specifisch whigistisches Cabinet des einen radicalen Handelsministers wegen einer Reform des Wahlrechts zustimmen werde, welche gegen alle ihre Doctrinen verstößt, noch wird Gladstone (mag er selbst zu der Ballotfrage stehen, wie er wolle) den Leichtsinns haben, die mühsam wiederhergestellte Einheit seiner Partei radicaler Velleitäten wegen auf die Probe zu stellen. Das hieße Bright's Unterstützung der gegenwärtigen Regierung um einen allzu hohen Preis bezahlen. — Noch vor dem Zusammentritt des Parlaments hat England zwei politische Männer verloren, welche ihrer Zeit viel genannt worden sind: Ernest Jones, den uneigennützigsten und gebildetsten der Chartistenführer und William Ewart, der sich durch Milderung der harten altenglischen Strafgesetze und Förderung des volkswirtschaftlichen Fortschritts schon vor Jahrzehnten reiche Verdienste erworben hatte.

Von all den seit dem Beginn des neuen Jahres zusammengetretenen Parlamenten hat keines auf eine so fleißige gesetzgeberische Arbeit zurückzusehen als das preussische. Während aus Würtemberg nach Beschluß der Adreßdebatte kaum eine einzige Nachricht über wichtige Landtagsarbeiten nach Norden gedrungen ist, das münchener Abgeordnetenhaus erst seit Ablehnung

des Antrags auf Einführung des allgemeinen und directen Stimmrechts und seit dem Beginn der Schulgesetzverhandlungen in weiteren Kreisen Interesse erregt hat, ist keine Februarwoche vergangen, die nicht mehrere wichtige Beschlüsse der Versammlung am Dönhofsplatz zu registriren gehabt hätte. Kurz vor Beschluß des vorigen Monats wurde dem Abgeordnetenhaus die wichtige, langerwartete Vorlage wegen Sequestration der Güter der Depossidirten übergeben. Das Geschick dieser Vorlage war entschieden, noch bevor das erste Wort über dieselbe gesprochen worden; die bloße Erinnerung an die Behandlung, welche das Abfindungsgesetz im Februar vorigen Jahres fand, genügte zu der Ueberzeugung, daß die Volksvertretung keinen Anstand nehmen werde, den Intriganten von Hising und Prag die Mittel zur Fortführung ihrer agitatorischen Thätigkeit zu entziehen. Fraglich konnte höchstens sein, ob und in wie weit die Wünsche der Linken für Verwandlung des Sequesters in eine förmliche Confiscation zur Geltung kommen würden. Was die Herren von Windthorst-Meppen und von Malinkrodt zu Gunsten König Georgs und des hessischen Kurfürsten war wenig geeignet, das öffentliche Interesse für diese im Voraus abgethane Angelegenheit zu beleben. Ihre Wichtigkeit gewann die Sache erst durch die Erörterungen, welche Graf Bismarck an dieselbe knüpfte, um alle Zweifel darüber auszuschließen, daß die preußische Regierung zu dem äußersten Mittel erst gegriffen habe, nachdem alle übrigen den Dienst versagt. Der Macht seiner Gründe konnte selbst das Herrenhaus nicht widerstehen, so schwer es demselben auch ankam, seine Sympathien für die Sache zu verleugnen, welche der conservativen Partei noch vor wenigen Jahren mit ihrer eigenen identisch war. Besonderes Gewicht ist auf das Versprechen des Ministers zu legen, daß die Renten der den Erfürsten von Hessen und Hannover bewilligten Millionen weder aufgespart, noch bloß zur Ueberwachung derselben verwendet werden, sondern den Provinzen zu Gut kommen sollten, welche lange genug unter der Engherzigkeit und dem Egoismus der kleinstaatlichen Souveräne gelitten. Auf diese Weise ist das Interesse der neubegründeten Ordnung mit dem jener Landschaften verknüpft worden, welche ihr bisher widerstrebt hatten, und wenigstens zum Theil, den Umtrieben der Expossidirten entgegen gekommen waren. Wenn die Regierung sich auf ihren Vortheil versteht, so wird sie die Befürchtungen vor maßloser Verstärkung der geheimen Fonds Lügen zu strafen, und den Provinzen Hessen und Hannover möglichst große Beträge aus den sequestrirten Capitalien zuzuwenden wissen.

Unter den übrigen zu Gesetzen erhobenen Vorlagen ist die neue schleswig-holsteinische Städteordnung die wichtigste, vielleicht auch die interessanteste. Bei ihrer Behandlung trat ausß neue jener Gegensatz zwischen alt- und neu-preußischen Anschauungen hervor, auf dessen Wichtigkeit und weitgehende

Bedeutung wir im vorigen Jahre bei Gelegenheit des hannöverschen Provinzialfonds, in diesem Jahr in Sachen der Selbstverwaltung für dieselbe Provinz hinzuweisen Veranlassung hatten. Bald den Doctrinen des liberalen Partecatechismus zu liebe, bald im Sinne möglicher Annäherung an die alt-preussischen Muster, wurden Veränderungen und Verbesserungen eines Gesetzes in Vorschlag gebracht, mit welchem sich die Vertreter der betreffenden Provinzen im voraus einverstanden erklärt hatten. Es handelte sich wieder darum, die feine Grenzlinie ausfindig zu machen, welche die Bestrebungen des Particularismus von den berechtigten Wünschen nach eigenthümlicher Lebensgestaltung scheidet. Wir sehen es als ein günstiges Omen für künftige Organisationsarbeiten von größerer Tragweite an, daß die Schleswig-Holsteiner Recht behalten haben, und daß die Majorität es auch dieses Mal über sich gewonnen hat, ihre Wünsche für möglichste Uniformität hinter die auf praktische Erfahrungen begründeten Sonderbedürfnisse der Provinzen, um welche es sich handelte, zurücktreten zu lassen. Je größer der Spielraum ist, der den Provinzialeigenthümlichkeiten der neu erworbenen Länder auf ungefährlichen Lebensgebieten offen gelassen wird, desto leichter wird die große Arbeit, welche Preußen in Deutschland noch zu thun hat, desto hinfälliger werden die Befürchtungen und Warnungen des Particularismus vor Erstickung alles individuellen Lebens in der preussischen Staatschablone.

Von den übrigen Verhandlungsgegenständen des preussischen Abgeordnetenhauses hat keiner so lebhaftes und allgemeines Interesse erweckt, wie der Streit um die Schulgeldfrage. Der Minister von Mühler scheint die Erfahrungen, welcher im December vorigen Jahres bei der Debatte über den Etat seines Ministeriums gemacht, völlig in den Wind geschlagen zu haben — es wäre ihm sonst schwerlich in den Sinn gekommen, seine Vorschläge für Organisation des Schulwesens mit dem Antrage auf Abschaffung von §. 112 der Verfassung einzuleiten und seine bezüglichen Wünsche mit der Berufung auf die Rathschläge des Herrenhauses zu motiviren. Der Umstand, daß die verfassungsmäßige Abschaffung des Schulgeldes nur in einem kleinen Theil der preussischen Monarchie zur Wahrheit geworden ist, und daß die Regierung bisher nie dazu gedrängt worden war, den entgegengesetzten status quo aufzuheben, sprach so deutlich gegen das ministerielle Verlangen, daß Herr von Mühler von dem größten Theil der Männer, welche noch im December vorigen Jahres zu ihm gestanden, verlassen wurde, und selbst die unbedingten unter seinen Anhängern einen nur mäßigen Eifer für die Sache zeigten, zu deren Vertheidigung sie aufgerufen waren. Die Versammlung stand beim Schluß der zweitägigen Discussion so vollständig unter dem Eindruck, den die Reden Waldeck's, Rascher's und vor Allem Wehrenpennig's gemacht hatten, daß selbst eifrige Katholiken, wie der Domherr Künzer auf

Seiten der Majorität standen, die eine wahrhaft imposante Stärke entwickelte. Damit war zugleich das Geschick der übrigen Vorlagen des Cultusministers entschieden.

Wir müssen uns versagen auf all' die einzelnen Vorlagen näher einzugehen, welche während der letzten Wochen zur Discussion kamen; selbst die Volkslehrer sind dieses Mal nicht leer ausgegangen. Von den noch ausstehenden Beschlüssen wird — da die Gesetze über eine neue Kreis- und Gemeindeorganisation in dieser Session nicht vor das Plenum kommen, die Entscheidung über das finanzielle Abkommen mit der Stadt Frankfurt das allgemeinste Interesse haben. Noch sind die Verhandlungen zwischen der Commune und dem Staat nicht geschlossen; obgleich sich die Aussichten auf eine Verständigung in den letzten Tagen gebessert haben, fahren die antinationalen Parteien des Südens mit unermüdlichem Eifer fort, die Vertretung der weiland freien Reichsstadt zu möglichster Widerhaarigkeit zu reizen. Die Gelegenheit, wieder einmal über „militärische“ Regelung einer Rechtsfrage klagen und den Weheruf erheben zu können: in Preußen gehe Gewalt noch immer vor Recht — sie ist zu verlockend, um unbenutzt zu bleiben. Man will Frankfurt noch einmal bewegen, unter Verleugnung derjenigen seiner Interessen, welche es wirklich zur Geltung bringen kann, für das Interesse seiner falschen Freunde ins Feuer zu gehen. Die dreijährigen Erfahrungen, welche man am Main mit der berliner Regierung gemacht hat, werden, wie zu hoffen steht, nicht ganz verloren sein, und die Frankfurter vor dem Loose bewahren, einer Sache zu dienen, die niemals die ihrige gewesen ist, und in deren Dienst sie immer verloren, niemals gewonnen haben.

Mit dem Beginn des neuen Monats soll die Thätigkeit des preussischen Landtages eine Unterbrechung erfahren; der Bundesrath ist bereits versammelt, um die Vorlagen für den Reichstag zu prüfen und ihre fernere geschäftliche Behandlung vorzubereiten, — von wichtigen Landtagsgegenständen wird neben der Dotationsangelegenheit wol nur noch das vielbesprochene neue Hypothekengesetz zur Verhandlung und Annahme kommen. — Obgleich das Herrenhaus sein traditionelles Geschick für Hemmung und Beeinträchtigung der vorschreitenden Gesetzgebungsarbeit auch heuer bewährt hat, kann die preussische Volksvertretung dieses Mal auf eine erspriesslichere, reichere und dankbarere Thätigkeit zurücksehen, als seit vielen Jahren. Freilich ist von den großen organischen Gesetzen, nach denen das Land schon lange verlangt, noch keines zur Verhandlung, geschweige denn zu vollständiger Regelung gekommen. Immerhin erscheint es als Gewinn, daß wenigstens auf dem Gebiet der Rechtspflege den Bedürfnissen der Zeit Rechnung getragen und einer Anzahl vielbeklagter Hemmungen des socialen und Verkehrslebens ein Ende gemacht worden ist.